

LEKTIONEN aus CORONA

Klimakrise

LIVESTREAM
TALK

Kick-off für eine neue Wirtschaft?

DOKUMENTATION

Online-Veranstaltung vom 3. Juli 2020

Franziska M. Hoffart, Ruhr Universität Bochum

Dr. Corinna Dengler, Universität Vechta

Moderation: **Felix Kostrzewa**, Wissenschaftsladen Hannover e.V.

KLIMAKRISE: Kick-off für eine neue Wirtschaft?

Die Corona-Krise brach unerwartet aus. Innerhalb kürzester Zeit haben Politik und Gesellschaft erhebliche Anpassungsleistungen entwickelt und Lasten gemeinsam geschultert, um Masseninfektionen und damit unübersehbare gesundheitliche Folgen für einen Teil der Gesellschaft zu vermeiden. Die Erkenntnisse aus dieser Krise sind zahlreich. Insbesondere zeigte sich: politische Steuerung ist wirksam, denn sie ist handlungs- und wandlungsfähig. Die Corona-Krise ist global. Politische oder geografische Grenzen schützen nicht.

Die Klimakrise dagegen kommt nicht überraschend. »Die Grenzen des Wachstums« werden beispielsweise seit fast 50 Jahren diskutiert. Seitdem werden die Konsequenzen unseres wirtschaftlichen Handelns und der damit einhergehende Ressourcenverbrauch immer detaillierter beschrieben. Die Klimawissenschaften haben zahlreiche zentrale Erkenntnisse produziert. Dadurch wissen wir u.a., dass der Mensch maßgeblich den Klimawandel verursacht. Auch wenn sich die Folgen der Klimakrise regional sehr unterschiedlich auswirken, so ist der Krisencharakter ebenfalls global, denn niemand kann sich durch politische oder geografische Grenzen entziehen – eine frappierende Parallele zur Corona-Krise.

Gleichwohl agiert die Politik in der Klimakrise deutlich zögerlich, sucht nach kostenminimalen Wegen und schiebt die Krise auf die lange Bank. Doch die Zeit läuft uns davon. Klimaschutzende Maßnahmen sind dringend erforderlich. Wie können also konkrete Schritte zur Umsteuerung in unserem Wirtschaftssystem aussehen?

Die Veranstaltung erfolgte im Nachgang zur Online-Podiumsdiskussion am 8.5.2020 »Geld oder Leben? Wissenschaftliche Gedanken zur Corona-Krise« mit Prof. Dr. Silja Graupe, Dr. Sabine Johannsen, Prof. Dr. Stephan Thomsen und Dr. Joachim Lange. Weitere Onlinegespräche erfolgten zu »Globalisierung: Zwischen Abschottung und Kooperation« mit Dr. Reinhard Schuhmacher und Torsten Windels sowie zu »Krisenmanagement: Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik« mit Nicole Wilke und Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge.

EIN ONLINE-GESPRÄCH MIT...



Franziska M. Hoffart ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Makroökonomik der Ruhr-Universität Bochum sowie Referentin für Wirkungstransparenz und Nachhaltigkeit bei der GLS Bank in Bochum. Sie hat einen interdisziplinären Hintergrund in Volkswirtschaftslehre, Philosophie und Politik. An der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft forscht sie aus einer komplexitätsökonomischen Perspektive zur low-carbon Transformation mit Wasserstoff im Energiesektor [Klimamitigation] und untersucht klimabezogene Risiken im Finanzsektor [Klimaadaptation]. Außerdem beschäftigt Sie sich mit der Rolle und Verantwortung von Wissenschaftler*innen bei der Bekämpfung von Klimawandel und engagiert sich als Sprecherin der Scientists4Future Regionalgruppe Bochum für eine transformative Wissenschaft und nachhaltige Zukunft.



Dr. Corinna Dengler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ökonomie und Gender der Universität Vechta, wo sie im August 2020 ihre Promotion zum Thema »Feminist Futures: Was Degrowth von feministischer Wissenschafts-, Wirtschafts- und Wachstumskritik lernt« abgeschlossen hat. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle von Feministischer Ökonomie mit einem Fokus auf Care-Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit sowie Ökologischer Ökonomie mit einem Schwerpunkt auf Degrowth und Umweltgerechtigkeit – Themen, für die sie sich auch in aktivistischen Zusammenhängen einsetzt. Sie ist Mitbegründerin des Netzwerkes Feminisms and Degrowth Alliance (FaDA) und Vorstandsmitglied im Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften e.V.

Wir beschäftigen uns heute mit dem Thema »Klimakrise: Kick-off für eine neue Wirtschaft.« Wir haben diese 3-teilige Serie aufgelegt, nachdem wir Anfang Mai die Online-Podiumsdiskussion »Geld oder Leben?« zu Corona durchgeführt hatten und festgestellt haben, dass wir bestimmte Themen nicht vertiefen konnten.

Corinna Dengler: Zu Beginn würde ich gerne kurz reflektieren, welche Lehren wir eigentlich aus Corona für eine ökologisch nachhaltigere und sozial gerechtere Wirtschaftsweise ziehen. Ich beschränke mich dabei auf zwei Punkte:

Erstens, wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg. Man hat mit der Pandemie große Einschränkungen unseres gesellschaftlichen Lebens gesehen. Und auch in der Marktwirtschaft hat es größere Einschränkungen als in der Finanzkrise 2007/2008 gegeben. Verstehen Sie mich nicht falsch: Das ist alles gut und richtig, dass diese Einschränkungen jetzt in dieser Corona-Pandemie stattfinden, aber was sich durchaus zeigt, ist eine Trägheit politischer Entscheidungsträger*innen in der Klimakrise, die eben auch auf einen fehlenden politischen Willen zurückzuführen ist.

Die letzten IPCC-Berichte, die Studie des Stockholm Resilience Centre zur »Great Acceleration« und die »Decoupling Debunked«-Studie des europäischen Umweltbüros zur Unmöglichkeit von absoluter Entkopplung haben in den letzten Monaten und Jahren nochmal deutlich gemacht, dass das »Gleiche in grün« die Klimakrise eben nicht lösen kann. Wir wissen, dass der Anstieg der globalen Mitteltemperatur gegenüber vorindustriellen Zeiten deutlich unter zwei Grad liegen sollte – 1,5 Grad müssen angepeilt werden. Steigt die globale Mitteltemperatur mehr an, dann werden sogenannte Kipppunkte überschritten und das kann zu völlig unvorhersehbaren biophysikalischen Veränderungen führen. Doch wenn unsere Wirtschaftsweise nicht eine absolute Trendwende hinlegt, ist das 1,5-Grad-Ziel geradezu unschaffbar und selbst das 2-Grad-Ziel ist mehr als ambitioniert. Das heißt: Wir brauchen diese Trendwende.

Am 20. September 2019 waren in Deutschland 1,4 Millionen Menschen auf der Straße, um für Klimagerechtigkeit einzustehen. Dafür, dass die Politik ein 1,5-Grad-Ziel anpeilt und einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 beschließt. Es ist spannend, dass diese Veranstaltung genau heute stattfindet.

An einem Tag, an dem das Kohleausstiegsgesetz den Kohleausstieg bis 2038 hinauszögert und sich damit eigentlich wieder einen Schritt davon entfernt, dass Deutschland seine selbstgesteckten Klimaziele erreichen kann. Viele von den 1,4 Millionen Menschen sind letztes Jahr auch dafür eingetreten, zu sagen, was wir brauchen ist »system change not climate change«. Eine Trendwende bedeutet Systemwandel und dafür brauchen wir einen gerechten Übergang, der eben nicht die Hauptlast des Kohleausstiegs auf Kohlearbeiter*innen abwälzt. Es wird aber nicht in eine gerechte Transition investiert. Kohle-Konzerne erhalten über vier Milliarden Euro, die eben nicht an Arbeiter*innen weitergegeben werden. Als erste Lehre aus der Pandemie können wir also ziehen, dass politischer Wille total notwendig ist, um eine Krise angehen zu können, die so etwas Existenzielles wie die Klimakrise darstellt.

Die zweite Lektion, die wir aus der Krise ziehen können, ist eine, die uns auch die Feministische Ökonomie lehrt. Denn die Pandemie hat offensichtlich gemacht, was Feministische Ökonominen schon lange sagen: bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit, auch Care-Arbeit oder die Sphäre der sozialen Reproduktion genannt, sind das Fundament für unseren gesamtgesellschaftlichen Wohlstand. In der Pandemie können wir beobachten: wer jetzt besonders viel und wer im Home-Office arbeitet sowie wer überhaupt nicht mehr die Möglichkeiten hat, einer Lohnarbeit nachzugehen. In den letzten Monaten haben Regierungen weltweit die Sicherung der öffentlichen Gesundheit auf diejenigen Menschen umgelegt, deren Aufgabe es ist, für andere zu sorgen – und bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit wird bis heute zum Großteil von Frauen geleistet. Gleichzeitig haben wir gesehen, zum Beispiel in Italien, dass das öffentliche Gesundheitssystem seit Jahrzehnten durch neoliberale Sparmaßnahmen und strukturelle Anpassung kaputtgespart worden ist. Vor diesem Hintergrund ist eine zweite Lehre, die wir aus Corona ziehen sollten, dass Care-Arbeit, obwohl sie oft unsichtbar ist und obwohl sie oft sowohl monetär als auch gesellschaftlich abgewertet wird, eigentlich das Fundament unseres Wohlstandes ist und dass wir eine Wirtschaftsweise brauchen, die auch das anerkennt. Und wenn man nun die beiden Lehren zusammendenkt, dann zeigt sich, dass es in puncto soziale und ökologische Reproduktion keine Rück-

Care-Arbeit ist das Fundament unseres Wohlstands.

kehr zur Normalität geben kann, weil eben diese Normalität, die diese beiden Sphären strukturell abwertet, ein sehr großer Teil des Problems ist.

Covid-19 hat zu einer erzwungenen Unterbrechung von dem geführt, was wir als diese Normalität bezeichnet haben. Dabei geht es um eine erzwungene Pause, um eine Krise. Krisen sind niemals wünschenswert, nicht zuletzt weil sie fast immer soziale Ungleichheiten verschärfen. Trotzdem sollten wir prüfen, ob sich aus so einer Krise vielleicht Möglichkeitsfenster ergeben, aus der wachstumsbasierten Wirtschaftsweise auszusteigen, die Care-Arbeit abwertet und gleichzeitig die Erdatmosphäre erwärmt, die Biosphäre zerstört und sozioökonomische Ungleichheiten verschärft. Wir sollten die Krise als Chance verstehen, noch mal zu reevaluierten: Wie wollen wir eigentlich leben? Was für eine Wirtschaft brauchen wir dafür? Und wie kann diese an ökologischer Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet sein?

Ein paar der Punkte, die wir gemeinsam in der Feminisms and Degrowth Alliance (FaDA) diskutiert haben, waren eine »vorsorgende Wirtschaftsweise« in der Post-Pandemie die Sphären der sozialen und ökologischen Reproduktion anerkennt und aufwertet, die Demokratisierung von allen Dimensionen des Lebens und Wirtschaftens fördert, Existenzsicherung von Lohnarbeit entkoppelt, bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit gesellschaftlich aufwertet und auch eine geschlechtergerechte Verteilung fördert. Gleichzeitig brauchen wir eine Wirtschaftsweise, die sich von der quasi-ontologischen Annahme verabschiedet, dass unendliches Wirtschaftswachstum auf einem endlichen Planeten schon irgendwie möglich sein wird und das Wirtschaftswachstum generell das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik ist. Wir brauchen eine Wirtschaft, die Nord-Süd-Solidarität lebt und aufhört, auf Kosten anderer zu leben: Auf Kosten von anderen Weltregionen, anderen Gesellschaftsschichten und zukünftigen Generationen – Fridays for Future erinnert uns regelmäßig daran. Lasst uns also die Pandemie nutzen, um noch einmal über unsere Prioritäten – im Kleinen und Großen – nachzudenken, was z.B. statt immer mehr Konsum auch mehr Zeit für Gemeinschaft, soziales Miteinander und auch Sorge

Wir brauchen eine Wirtschaft, die Nord-Süd-Solidarität lebt und aufhört, auf Kosten anderer zu leben.

tragen für den Planeten und füreinander sein könnte.

Franziska Hoffart: Es gibt sicherlich viele Lehren, die man aus der Corona-Zeit und besonders dem ersten Lockdown ziehen kann. Aber eine scheint mir im Hinblick auf unsere Zukunft zentral, und da bin ich sehr bei Frau Dengler. Es hat sich gezeigt, dass in unserer Gesellschaft und Wirtschaft vieles anders laufen kann, wenn es denn anders laufen muss. Vieles, was vor der Corona-Krise und dem Lockdown undenkbar war, wurde letztendlich möglich, z.B. die Umstellung auf Home-Office. Bei allem Leid und bei allen Existenzängsten, die die Pandemie verursacht, stellt die Krise aber auch die Notwendigkeit für einen Neustart dar, für ein Kick-off und damit die Möglichkeit für einen tiefgreifenden Wandel. Jetzt stellt sich die Frage: Wie geht es weiter? Über was für eine Art von Kick-off rede ich hier? Ich denke, dass die Corona-Krise ein Kick-off für eine neue Art von Wirtschaft sein kann, die nach der Krise aufgebaut werden muss.

Die Corona-Krise kann ein Kick-off für eine neue Wirtschaft sein.

Dafür braucht es nicht nur einen neuen Blick auf die Wirtschaft, sondern ebenso eine neue Art des Wirtschaftens, die die Klimakrise mitdenkt. Entscheidend hierfür scheint mir ein neues ökonomisches Denken. Die Bedrohung durch den Klimawandel ist seit Jahrzehnten bekannt. Man könnte also fragen, was heute durch die Corona-Krise anders ist. Ich denke, einerseits haben wir in der Corona-Krise gesehen, wie verletzlich wir alle sind und wie lebensbedrohend eine solche Krise sein kann. Wir haben eine bessere Vorstellung bekommen welche Auswirkungen Krisen, wie die Klimakrise, haben können. Andererseits eröffnet die Corona-Krise eine neue Möglichkeit und zwar die Milliarden an staatlichen Hilfsmittel, die in ihrer Geschichte einmalig sind, gleichzeitig für den Wiederaufbau der Wirtschaft und den Klimaschutz zu nutzen.

Hier stellen sich für mich drei Fragen:

- Wohin wollen wir überhaupt zurück?
- Was brauchen wir wirklich für ein gutes Leben?
- Wie können wir die Wirtschaft langfristig nachhaltig ausrichten?

Die zweite Frage kann jeder nur für sich persönlich beantworten. Die beiden anderen Fragen sollten gemeinsam beantwortet werden. Denn eins ist klar: Ein »Zurück in die pre-Corona-Normalität«, sprich in die bisherige Art des Wirtschaftens, ist unvereinbar mit dem Erreichen der Klimaziele. Was die letzte Frage angeht, scheint es mir fragwürdig, dass eine nachhaltige Wirtschaftsweise allein durch mehr Konsum und mehr Investment möglich ist, ohne dabei die Art und Weise wie wir investieren, konsumieren und produzieren neu zu denken. Wünschenswert wäre es, die Milliarden an Finanzmitteln, die zur Verfügung stehen, jetzt zu nutzen um eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft zu realisieren. Dies ist für die Einhaltung des Pariser Abkommens, zu dem Deutschland sich verpflichtet hat, nötig. Das heißt für mich aber auch, dass wir soziale und gesellschaftliche Folgen mitdenken müssen. Als Beispiel können die Arbeiter*innen genannt werden, die in einer emissionsintensiven oder fossilen Branche tätig sind, und langfristig ihren Job verlieren werden. Für den Energiesektor würde das beispielsweise eine Umstellung auf CO₂-Neutralität bedeuten, was genauso andere Sektoren wie Transport, Wohnen oder Mobilität betrifft. Diese Umstellung kann aber auch im Einklang mit der Wirtschaft erfolgen. Denn nur ein Land, das langfristig CO₂-neutrale Technologien entwickeln kann, wird langfristig auch wettbewerbsfähig sein.

Hierbei spielt die Energiewende und die Transformation unseres Energiesystems eine entscheidende Rolle. Um diese voranzubringen ist ein ganzheitliches systemisches Denken gefragt, das weg geht von einer rein techno-ökonomischen Betrachtungsweise, die kosteneffiziente Transformationspfade aufzeigt. Eine solche Betrachtung vernachlässigt viele relevante nicht-ökonomische Aspekte wie z.B. Fragen der gesellschaftlichen Akzeptanz, den Einfluss unterschiedlicher Akteure, Systemdynamiken, Entscheidungsprozesse und somit letztlich die politische Machbarkeit. Es besteht die Gefahr, dass unterkomplexe Transformationspfade erdacht werden, die aus der Perspektive einer bestimmten Disziplin optimal sind, jedoch nur selten der gesellschaftlichen Realität

entsprechen und somit kaum erfolgreich umgesetzt werden können. Im Zusammenhang mit der Energienutzung und der Transformation des Energiesystems scheint mir eins zentral: Die nachhaltigste Energie ist die, die gar nicht erst hergestellt wird und gar nicht erst konsumiert wird. Ein »weiter wie bisher«, nur mit CO₂-neutraler Energie wäre sicherlich das falsche Signal.

Was also brauchen wir für ein neues ökonomisches Denken? Für mich geht ein neues ökonomisches Denken mit einer Wissenschaft und vor allem einer Wirtschaftswissenschaft einher, die genau dieses

Wenn die Klimakrise erfolgreich bekämpft werden soll, ist der Fokus auf nur eine Maßnahme, nämlich die Bepreisung der Emissionen, nicht genug. Genauso wie es in der Corona-Krise nicht reicht, nur Hände zu waschen.

Denken aktiv vorlebt. Ein neues ökonomisches Denken bedeutet für mich gelebte Pluralität wie auch Pluralismus, sprich den Einbezug unterschiedlicher Perspektiven und Methoden, den aktiven Diskurs darüber sowie die Berücksichtigung von Komplexität und Unsicherheit. Die Volkswirtschaftslehre hat pluralen Ansätze und Perspektiven vorzuweisen. An Pluralität und Vielfalt mangelt es nicht, jedoch oft an Respekt und Anerkennung der unterschiedlichen Perspektiven vom neoklassischen Mainstream. Für eine Ökonomik,

die einen Beitrag zum Neudenken der Wirtschaft und damit zur Bekämpfung der Klimakrise leisten sollte, braucht es mehr interessierten Pluralismus und Verantwortung.

Aktuell ist der klimaökonomische Diskurs jedoch stark von der dominanten Mainstream-Perspektive und vor allem von der Berechnung der sogenannten »social costs of carbon« geprägt, sprich der CO₂-Bepreisung. Obwohl es zahlreiche ergänzende Perspektiven wie z.B. die Ökologische Ökonomik gibt. Zurecht hat William Nordhaus 2018 für seine Forschung der social costs of carbon den Nobelpreis bekommen. Seine großartige Leistung möchte ich keineswegs schlecht reden. Darum geht es nicht. Wenn die Klimakrise erfolgreich bekämpft werden soll, ist ein Fokus auf nur eine von vielen Maßnahmen, wie etwa die exakte Berechnung des CO₂-Preises, aber nicht genug. Es ist genauso wichtig, dass Ökonom*innen sich mit allen anderen Fragen und Aspekten beschäftigen – etwa denen, die Frau Dengler aufgezeigt hat.

Die Bedrohung durch den Klimawandel ist viel zu gewaltig, um nicht die ganze Bandbreite der Wissenschaft und volkswirtschaftlichen Expertise zu nutzen. Ein neues ökonomisches Denken geht immer auch mit einem Umdenken in der Volkswirtschaftslehre einher, und das ist für mich eng verbunden mit der Frage nach der Rolle und der Verantwortung von Wissenschaft in unserer Gesellschaft. Ich vertrete die Meinung, dass Wissenschaftler*innen eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft haben. Daraus kann abgeleitet werden, dass Ökonom*innen eine Verantwortung haben, einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten. Ob die dominierende Ökonomik dieser Verantwortung gerecht wird, möchte ich daher an dieser Stelle in Frage stellen. Letztendlich geht es um die Frage der Rolle von Wissenschaft in der Gesellschaft. Diese Frage ist umstritten und wird kontrovers diskutiert, wie u.a. an der Diskussion um das Engagement der Scientists for Future, die sich als Stimme der Wissenschaft für eine nachhaltige Zukunft verstehen, zu sehen ist.

Die Corona-Krise sollte als eine Chance verstanden werden, nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Wirtschaftswissenschaften und ihre Rolle in der Gesellschaft neu zu denken. So wenig wie es reichen würde, die Corona-Krise ausschließlich mit Hände waschen zu bekämpfen, so wenig reicht es die drohende Wirtschaftskrise allein mit Konsum und Investments zu bewältigen. Ein systematischer Wandel, der die Klimakrise mitdenkt, ist notwendig. Eine neue Art des Wirtschaftens und ein neues ökonomisches Denken ist nötig, das aktiv von den Wirtschaftswissenschaften vorgelebt werden sollte.

Es wird derzeit sehr stark gegen die Rezession gearbeitet. Mit politischen Maßnahmen soll besonders der Konsum angeregt werden. Frau Hoffart hat es schon erwähnt: »die nachhaltigste Produktion ist diejenige, die nicht produziert wird«. Aber was haben Sie für Vorschläge?

Franziska Hoffart: Das ist keine einfache Frage. Ich spreche mich ja nicht generell gegen Konsum und Investment aus. Wogegen ich mich ausgespro-

Die Bedrohung durch den Klimawandel ist viel zu gewaltig, um nicht die ganze Bandbreite der Wissenschaft und volkswirtschaftlichen Expertise zu nutzen.

chen habe, ist der unreflektierte Konsum von Dingen, die wir nicht brauchen und unreflektiertes Investment in nicht nachhaltige Unternehmen und Aktivitäten. In der Corona-Krise scheint es mir beispielsweise sinnvoll kleine Geschäfte vor Ort statt den Onlinehandel, sowie die lokale Gastronomie zu unterstützen. Während des harten Lockdowns war auch ein Großteil der Geschäfte geschlossen, was die Einkaufsmöglichkeiten auf das Wesentliche reduziert hat. Es zeigte sich, dass weniger Konsum auch befreiend sein kann. Die starken Einschränkungen haben viele zur Selbstreflexion angeregt: Was brauche ich als Individuum und wir als Gesellschaft eigentlich wirklich? An diese Frage angelehnt kann der Konsum auch sehr bewusst gestaltet werden und die Investitionen, die von der Regierung zu tätigen sind, im Sinne der Transformation eingesetzt werden. Ist beispielsweise eine Prämie für Autos mit Verbrennungsmotor wirklich sinnvoll?

Corinna Dengler: Ich würde mich da anschließen wollen und mit einer Frage aus dem Chat antworten. Wir müssen über die Anerkennung des Einzelnen in der Gesellschaft diskutieren, die im Moment oft über Konsum oder Statussymbole erfolgt. Dies ist eine sehr zentrale Frage nach Subjektivierungsweisen. Schon in den 1970er Jahren wurde nach einem Paper von Richard Easterlin das sogenannte Glücksparadoxon analysiert. Demnach steigt das subjektive Wohlbefinden nicht immer weiter durch immer mehr Konsum, sondern es bleibt ab einer gewissen Schwelle gleich oder wirkt sogar rückläufig. Man muss radikal hinterfragen, was denn zum eigenen subjektiven Wohlbefinden beiträgt. Eine Alternative könnte zum Beispiel Zeitsouveränität sein, statt immer mehr Konsum. Das haben in der Corona-Krise schon viele Menschen für sich selbst beobachten können, dass gewisse Sachen sich nach einer Weile entschleunigt haben. Man hat auch nicht mehr die Angst, irgendetwas zu verpassen, weil auch nichts stattgefunden hat. Zumindest in meinem Umfeld ist es so, dass viele Menschen sagen: »Ich bin froh, wenn endlich wieder Sachen statt-

Die Konsumfrage ist durchaus wichtig... aber es braucht eine Repolitisierung der ökologischen Krise.

finden, aber ganz so viel wie vorher, muss es vielleicht auch nicht mehr geben«. Ich glaube, dass das beim Konsum ähnlich ist. Und was mir wirklich wichtig ist: Die Konsumfrage ist durchaus wichtig, aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht probieren, eine systemische Krise auf einer individuellen Ebene zu verhandeln. Vielmehr braucht es eine Repolitisierung der ökologischen Krise, in der dezidiert anerkannt wird, dass die Frage nach dem guten Leben eine öffentliche Aufgabe ist, die kollektiv verhandelt werden muss. Dass wir zum Beispiel unser Verständnis von Degrowth nicht darin erschöpfen, dass wir regional einkaufen, sondern eben auch Systemfragen stellen, die uns zeigen, dass unser derzeitiges Wirtschaftssystem und sehr viele Institutionen, die wir haben, total wachstumsabhängig sind. Da sollten wir ansetzen.

Franziska Hoffart: Wenn wir von Konsum reden, müssen wir auch darüber nachdenken, was unser Geld für eine Wirkung in der Gesellschaft und Wirtschaft entfaltet. Verstanden als gesellschaftliches Gestaltungsmittel hat Geld unterschiedliche Wirkweisen. Für die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft sind hohe Investitionen wie etwa in Energieinfrastruktur nötig. Durch das sogenannte Divestment, sprich den bewussten Abzug des Geldes aus nicht erwünschten Bereichen, wie etwa der Kohleverstromung und Investment in nachhaltige Unternehmungen, kann das Geld im Sinne der Transformation eingesetzt werden. Dies betrifft natürlich auch den privaten Konsum, durch den indirekt auch die Praktiken und Philosophie des Unternehmens unterstützt werden.

Sie haben beide von Möglichkeitsfenstern gesprochen. Es kann etwas passieren, wenn es passieren muss. Es gibt offenbar viele Möglichkeiten, wenn eine Gesellschaft sich eines Problems in einer Krise wirklich widmet. Ich habe in der Vorbereitung gedacht, die 1,5 Grad sind vergleichbar zum R-Faktor, also zu dem Reproduktionsfaktor bei Covid-19. Aber das eine hat Wirkung erzeugt, dass wir jetzt plötzlich »Geld drucken« für Dinge, die man sich eigentlich sonst nicht geleistet hätte. Warum passiert es bei der Klimakrise nicht? Was bräuchte es hierfür? Offensichtlich ist es wirtschaftspolitisch möglich, stark lenkend einzugreifen.

Ethische Besonderheiten des Klimawandels stellen uns vor andere Herausforderungen als Corona.

Corinna Dengler: Ich glaube, dass dies ein Phänomen ist, dass wir beispielsweise auch schon mit dem Ozonloch in den 1970er gesehen haben. Die Warnung, dass das Ozonloch Hautkrebs verursacht, hat sehr starke Wirkungen gehabt, weil es einen direkten Ursache-Wirkungs-Zusammenhang gegeben hat. Der Klimawandel funktioniert aber anders, nicht wie der R-Faktor. Man hat nicht diesen klaren Ursache-Wirkungs-Zusammenhang, sondern Klimawandel hat – wie Dominic Roser und Christian Seidel in ihrem Buch »Ethik des Klimawandels« aufzeigen – einige ethische Besonderheiten. Unsere Alltagsethik ist auf den räumlichen und zeitlichen Nahbereich ausgelegt. Wir machen A und dann passiert B. Die Auswirkungen des Klimawandels liegen demgegenüber sowohl zeitlich als auch räumlich weiter entfernt. Die Auswirkungen, die wir heute spüren, liegen in der

Wirtschaftsweise von vor 20 oder 30 Jahren begründet. Räumlich gesehen verbraucht Deutschland im Schnitt 3 Planeten. Allerdings werden die stärksten Auswirkungen dieser imperialen Lebensweise vor allem im globalen Süden getragen – das ist eine doppelte globale Ungerechtigkeit. Hinzu kommt noch, dass die

Ursachen fragmentiert sind. Man hat nicht diese eine Problemlösungsstrategie, z.B. »wenn ich jetzt nicht mehr fliege, dann ist alles besser«, sondern es ist alles viel kleinteiliger. Das sind ethische Besonderheiten des Klimawandels, die uns vor andere Herausforderungen als Corona stellen, das im Ursache-Wirkungs-Zusammenhang viel leichter vermittelbar ist.

Von einer fundamentalen Änderung der Wirtschaftsweise hatte auch Frau Hoffart gesprochen. Aber wie sähe die aus?

Franziska Hoffart: Das ist eine gute Frage. Ich würde dabei gerne noch mal zu der vorhergehenden Frage zurückkommen. Im Chat kommt der Hinweis, die Klimakrise müsste einfach so akut sein wie die Corona-Krise. In dieser war und ist großes Leid sehr sichtbar, wenn man z.B. an die Bilder aus Italien denkt, auf denen man sehen konnte, wie Leichen an und mit Covid-19 Verstorbener von Militärfahrzeugen abtransportiert wurden. Die Klimakrise ist ebenso akut, nur erreichen uns hier keine Medienberichte über Verstorbene, auch wenn es diese schon heute gibt. Unabhängig davon, ob man diese Art der medialen Berichter-

Wir haben genug Beispiele, was vielleicht besser nicht vorkommen sollte – denkt man an die Skandale in Schlachtbetrieben, deren Ursachen oft im Primat des Profits liegen.

rative nachdenken, wie sie in Zukunft leben wollen. Wie könnte eine wünschenswerte, nachhaltige Zukunft aussehen? Eine Vision hierzu zu entwickeln, eine gesamtgesellschaftliche Idee, könnte ein erster Schritt sein. Wir haben genug Beispiele gesehen, was in dieser Vision vielleicht besser nicht vorkommen sollte – denkt man an die Skandale, die aktuell in Schlachtbetrieben sichtbar wurden und deren Ursache oft im Primat des Profits liegen. Hier ist ein Umdenken nötig. Eine neue Art des Wirtschaftens kann von verschiedenen Akteuren angestoßen werden. Hierzu passt auch die Frage aus dem Chat nach dem möglichen Beitrag von Unternehmen. Es ist wichtig genauer zu fragen, wer die Stakeholder einer Gesellschaft eigentlich sind und wer ein Anliegen an einer nachhaltigen Zukunft hat. Im Rahmen eines EU-Projektes zur Emissionsreduktion im Energiesektor, habe ich mit einem Team Zukunftsszenarien entwickelt, die gezeigt haben, dass es auf das Zusammenspiel der einzelnen Stakeholdergruppen ankommt. So haben wir beispielsweise ein Zukunftsszenario entwickelt, in dem der Staat Top-down-Maßnahmen beschließt und die anderen Stakeholdergruppe eine andere Vision der Zukunft verfolgen. In Summe führte dieses Szenario zu weniger Fortschritt, im Sinne der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit. Ein anderes Zukunftsszenario, in dem ausschließlich bottom-up von der Gesellschaft kommend der Wille zur Veränderung der Wirtschaft formuliert wird, greift zu kurz. Hier fehlt die staatliche Interaktion. Es kommt daher auf die Systemdynamiken, sprich das Zusammenwirken aller Akteure an.

Laura Rinderspacher: Aus dem Chat kommen noch ein Statement und zwei Fragen.

stattung für gut hält oder nicht, scheint mir das ein großer Unterschied, neben all der Komplexität, die Frau Dengler angesprochen hat.

Was für eine Art von Systemwandel ist nötig? Der Wandel kann bereits im Kopf jedes Einzelnen beginnen, indem die Menschen über Nar-

- Ich wünsche mir eine Einpreisung der CO₂-Emission in allen produzierten Waren des In- und Auslandes, dann werden die wahren Kosten deutlich. Dazu, keine Einfuhr aus Produktion, wo nicht die Mindeststandards der Internationalen Arbeitsorganisation eingehalten werden.
- Ist es für Sie persönlich eher Hoffnung oder Erwartung, dass sich nach der Krise etwas fundamental ändert? Stichwort Systemwandel.
- Bekommen wir eine Konsumpolizei und wer setzt die Maßstäbe?

Corinna Dengler: Zuerst zu der Frage, ob wir eine Konsumpolizei brauchen. Ich glaube ganz sarkastisch gesprochen nicht, dass wir in egal welchem Bereich dieser Gesellschaft noch mehr Polizei brauchen, als wir das derzeit haben. Die Debatten um Postwachstum und Degrowth kommen notwendigerweise »von unten« – statt um eine Top-down-Transformation geht es dabei um Prozesse, die Bottom-up oder Bottom-linked entstehen müssen. Exemplarische Maßnahmen, die man im Degrowth-Diskurs fordert, so z.B. eine allgemeine Lohnarbeitszeitverkürzung, erfordern dabei durchaus an manchen Stellen auch staatliches Handeln. Ich sehe aber nicht, dass der Motor der Veränderung staatliches Handeln ist, sondern dass staatliches Handeln durch Druck von unten entsteht und der Großteil der gesellschaftlichen Veränderung aus der Gesellschaft kommen muss.

Nun zu dem Statement mit der CO₂-Bepreisung und den wahren Kosten: Ich finde das Statement sehr spannend. Ich glaube auch, dass es total wichtig ist, soziale und ökologische Kosten sichtbar zu machen. Allerdings wusste schon Oscar Wilde, dass Zynismus ist, wenn Menschen die Preise von allem und den Wert von nichts kennen. Ich komme aus der Ökologischen Ökonomik, die im Vergleich zur Umweltökonomik skeptisch ist, wenn es darum geht, ökologischen Schaden in monetäre Werte zu packen und damit sozusagen einen »ökologischen Ablasshandel« zu schaffen. Verschmutzungszertifikate berechtigen zu verschmutzen – man hat ja Geld dafür gezahlt. Ich kenne eine spannende Studie zum Phänomen des sogenannten »motivation-crowding-out«. Diese stammt zwar aus ei-

Verschmutzungszertifikate berechtigen zu verschmutzen – man hat ja Geld dafür gezahlt.

nem anderen Kontext, zeigt aber die allgemeine Problematik ganz gut auf. Kindergärtner*innen in Tel Aviv hatten festgestellt, dass einige Eltern immer viel zu spät kommen, um ihre Kinder abzuholen. Also wurden Strafzahlungen eingeführt, um dies zu reduzieren. Im Ergebnis wurden die Kinder aber nicht früher, sondern im Durchschnitt noch später abgeholt, weil viele der Eltern jetzt das Gefühl hatten: Wir zahlen doch dafür, wir haben jetzt auch ein Recht, diese Dienstleistung zu nutzen. Ich habe Sorge, dass eine Transformation von Ökosystemfunktionen in Ökosystemdienstleistungen durch Monetarisierung und in weiterer Folge oft Kommodifizierung der Komplexität der ökologischen Krise nicht im Ansatz gerecht wird – wie bepreist man z.B. das Aussterben einer Walart? Dass man komplexe Probleme durch einen Preismechanismus lösen möchte und ggf. sogar Märkte schafft, auf denen Zertifikate gehandelt werden, dem stehe ich sehr skeptisch gegenüber.

Franziska Hoffart: Kostenwahrheit ist ein sehr wichtiger Punkt. Würde der Preis, den wir zahlen, die wahren Kosten darstellen, dann würde beispielsweise Billigfleisch im Supermarkt, das nicht ökologisch hergestellt wurde, eben nicht das Billigste sein. Es würde viel teurer sein als ein biologisch erzeugtes Produkt, weil die verursachten Schäden – z.B. an der Umwelt durch den Einsatz von Pestiziden oder auch Verstöße gegen das Tierwohl – in Form von Kosten eingepreist wären. Ich glaube dieser Mechanismus würde den Konsument*innen die wahren Kosten viel deutlicher vor Augen führen und etwas auslösen. Die Frage, wie man diese Schäden angemessen misst und bepreist, ist nicht trivial. Genau hier liegen die Schwierigkeiten und die Probleme, die Frau Dengler zu Recht angesprochen hat. Stichwort »pricing the priceless«: Wie kann beispielsweise ein adäquater Preis für etwas gefunden werden, was von der Natur seiner Sache her keinen Preis hat, wie etwa der Regenwald, und eigentlich keinen Preis haben sollte? Täglich werden Kosten-Nutzen-Abwägungen in gesellschaftlichen, politischen und unternehmerischen Kontext getroffen. Hat etwas keinen Preis, wird es folglich nicht als Gut wahrgenommen und in der Kosten-Nutzen-Abwägung schlicht nicht berücksichtigt. Man könnte auch

sagen, es wird implizit mit einem Preis von Null bewertet. Es entsteht ein Dilemma. Vergibt man einen Preis, so kann dieser Preis niemals dem intrinsischen, sprich seinem echten, nicht-monetären Wert entsprechen. Vergibt man keinen Preis, folgt daraus oft eine Gleichsetzung mit dem Wert Null, was dem intrinsischen Wert ebenfalls nicht gerecht wird. Es braucht Ökonom*innen, die die ethischen und normativen Implikationen der Bepreisung von nicht quantifizierten, nicht monetarisierten Gütern und von Kosten-Nutzen-Analysen im Allgemeinen offen legen und kritisch diskutieren. In der Mainstream-Ökonomik werden diese impliziten normativen Implikationen leider zu oft unter dem Deckmantel der werte- und urteilsfreien Wissenschaft verschleiert und als unethisch behandelt. Ich stimme Frau Dengler daher zu und appelliere dafür, die normativen Implikationen noch verantwortungsbewusster auszuarbeiten und greifbarer zu machen, sodass wir als Menschen ein besseres Verständnis für dieses Dilemma bekommen

und die tatsächlichen Kosten auch ohne Preisetikett wahrnehmen können. Dieses Verständnis ist ganz wichtig, um ein Umdenken anzustoßen. Wenn wir die Kostenwahrheit wirklich begreifen, dann ist das Produkt, das ich kaufe, vielleicht gar nicht das Günstigste. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, bei all den Schwierigkeiten.

Wir kennen in der Wissenschaft den »educated guess«, also wissensbasierte Vermutungen. Ich würde Sie heute mal einladen, wenn Sie einen »educated dream« hätten. Was sollte in Bezug auf die Klimakrise in einem Jahr geschehen sein, wenn wir etwas Kluges aus Corona gelernt hätten.

Corinna Dengler: Ich glaube schon, dass man konkret und wissensbasiert träumen kann: De-growth sehe ich z.B. als konkrete Utopie. Ein Fernziel vor Augen, aber auch über die kleinen Schritte reden. Ich glaube in einem Jahr, wenn wir aus Corona gelernt haben, dann haben wir gelernt, dass wir in puncto Klimawandel endlich radikal handeln müssen. Der Klimawandel ist – trotz aller ethischer Besonderheiten – ein Problem im »Hier und Jetzt«, auch wenn es uns derzeit in Deutschland noch verhältnismäßig wenig betrifft. Doch unsere

Um Kostenwahrheit wirklich zu begreifen, sind auch Ökonomen*innen gefragt, die nicht monetarisierte Güter und Kosten-Nutzen-Analysen im Allgemeinen offen legen und kritisch diskutieren.

Klatschen macht nicht satt – es muss eine monetäre Aufwertung ihrer Arbeit erfolgen.

Jahr endlich verstanden und anerkannt haben und auch, dass wir erkannt haben, dass wir, so wie es ist, nicht weiter wirtschaften können, weil das nicht das »gute Leben« – erst recht nicht das »gute Leben für Alle« ist. Ich wünsche mir, dass wir das Kohleausstiegsgesetz vom Tag dieser Veranstaltung wieder kippen und bis spätestens 2030 sozialverträglich aus der Kohle aussteigen. Ich wünsche mir, dass wir in einem Jahr es auch geschafft haben, Institutionen wie z.B. unser Rentensystem wachstumsunabhängiger gestaltet zu haben. Ein geläufiges Missverständnis ist, dass es bei Degrowth um »Negativwachstum in einem Wachstumsparadigma« ginge. Es geht aber überhaupt nicht um »weniger von dem Gleichen«, also Negativwachstum innerhalb des Wachstumsparadigmas. Vielmehr geht es darum, diesen Wachstumszwang sowohl auf Mikro-, Marko- und Meso-Ebene zu überwinden. Innerhalb eines Jahres könnten wir auch ganz konkret die Sphäre der sozialen Reproduktion aufwerten. Viele Menschen haben das Personal in Krankenhäusern in den letzten Monaten beklatscht. Doch, wie Menschen aus dem Bündnis »Mehr Personal im Krankenhaus« richtig feststellen: »Klatschen macht nicht satt«, es muss eine monetäre Aufwertung ihrer Arbeit folgen. Eine weitere Option für das nächste Jahr wäre eine allgemeine Lohnarbeitszeitverkürzung. Eine solche würde zeigen, dass genug Arbeit für die ganze Gesellschaft da ist, auch wenn diese Arbeit im Moment total ungleich verteilt ist. Es gibt so viele Möglichkeiten von dem, was ich mir in einem Jahr erträumen könnte. Wenn ein paar von diesen Sachen in unsere wirtschaftspolitischen Diskursen vorangetrieben werden, dann glaube ich, hätten wir aus der Pandemie durchaus etwas gelernt.

Franziska Hoffart: Die Frage nach dem »educated dream« ist spannend und zugleich ungewohnt. Mein »educated dream« hat viele Facetten. Ich wünsche mir, dass sich in einem Jahr mehr Menschen mit den Fragen, die wir heute diskutiert haben, auseinander setzen und offen diskutieren, wie eine lebenswerte Zukunft aussehen kann und soll. Ich wünsche mir eine konsequente Klimapoli-

tik, die sich nicht dem Aufbau der Wirtschaft nach der Corona-Krise unterordnen muss, sondern der es gelingt z.B. den CO₂-Preis zu erhöhen und auszuweiten, auch wenn dieser nicht das Allheilmittel ist. Ich wünsche mir von der Politik eine genauso schnelle Handlungsfähigkeit wie in der Corona-Krise und Mut für Veränderung, der nötig ist, um die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass uns beispielsweise der Kohle-Ausstieg gesamtgesellschaftlich gelingt. In einer besonders positiven Zukunft ist zusätzlich zum Kohle-Ausstieg, ein Ausstieg aus den fossilen Gasen sowie ein starker Ausbau der Erneuerbaren Energien umgesetzt worden. Von der Wissenschaft wünsche ich mir, dass sie ihre Rolle und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft stärker reflektiert und dass es für junge Wissenschaftler*innen nicht karriereschädigend ist, in Bereichen zu forschen, in denen Frau Dengler und ich das aktuell tun. Damit geht einher, dass sich Wissenschaft insgesamt als transformativer begreift und noch stärker an gesellschaftlichen Herausforderungen forscht, wie etwa der Klimakrise. Ich wünsche mir von der Gesellschaft, dass sie den Impuls zur Reflektion über das Wesentliche im Leben über die Corona-Krise hinaus bewahren kann und sich regelmäßig fragt: Sind wir und bin ich auf dem richtigen Weg? Haben wir die vielen Vorsätze, die sich jeder Einzelne in der Corona-Krise vorgenommen hat, umgesetzt? Hoffentlich realisieren sich einige meiner »educated dreams«.

Die Frage nach dem »educated dream« ist spannend und zugleich ungewohnt.

Vielen Dank. Ich fand sehr spannend, was Sie mit uns geteilt haben. Abschließend möchte ich noch einen anregenden Satz aus dem Chat zitieren: »Ich denke, wir sollten wollen, was wir könnten.«

Lesetipps:

Ross, Michael / Hoffart, Franziska M. (2021): **Climate Economics. A Call for more pluralism and responsibility**, Palgrave

Feminismus and Degrowth Alliance (2020): **Collaborative Feminist Degrowth: Pandemic as an Opening for a Care-Full Radical Transformation**

Veranstalter:



In Kooperation mit:



Keynes Gesellschaft | Regionalgruppe Nord



Impressum

V.i.S.d.P. David J. Petersen, Plurale Ökonomik Hannover, c/o Kda, Archivstr. 3, 30159 Hannover
Email: david.petersen@plural-hannover.de /// Moderation: Felix Kostrzewa [Wissenschaftsladen Hannover e.V.]
Door-Keeping: Steffi Krapf [Jugendkirche Hannover], Chat-Keeping: Laura Rinderspacher [Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt],
Technik: David J. Petersen [Plurale Ökonomik/Economists for Future], Transkript: Torsten Windels [Forum für Politik & Kultur und
Keynes-Gesellschaft | Reg.gruppe Nord] /// Grafik & Layout: Benjamin Petersen [www.benjaminpetersen.net]

Entdecke die Vielfalt ökonomischer Perspektiven: plural & interdisziplinär.
www.exploring-economics.org

Die Klimakrise betrifft nicht nur die Umweltökonomik, sondern die gesamte Disziplin.
Auch angesichts der Corona-Pandemie behält das Thema seine Dringlichkeit.
www.econ4future.de

Studierende aufgepasst: Werde aktiv & engagiere dich in der Lokalgruppe Hannover.
www.plural-hannover.de